

BlattGRÜN

Zeitschrift von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Oberhausen

AUSGABE 01/15



DIE FRAKTION STELLT SICH VOR

FLÜCHTLINGE
Notwendige Maßnahmen

NACHGEFRAGT
bei Dezernentin
Sabine Lauxen

**ELEKTRO-
MOBILITÄT**
bei der STOAG

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
OBERHAUSEN



WILLKOMMEN IN UNSEREM LAND



Fotos: Erik Marquardt



**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

OBERHAUSEN



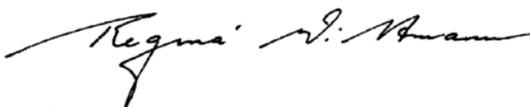
Liebe Leserinnen und Leser,

vor Ihnen liegt druckfrisch die erste Ausgabe von BlattGRÜN, der neuen gemeinsamen Zeitschrift der Oberhausener Ratsfraktion und des Kreisverbands der GRÜNEN. Dreimal jährlich möchten wir Sie von nun an mit GRÜNEN Themen erreichen, die uns vor Ort bewegen. Wir würden uns freuen, wenn dies Anlass für einen regen Austausch mit Ihnen wird.

Diese erste Ausgabe widmet sich schwerpunktmäßig der Vorstellung unserer Fraktion. Wer setzt sich in Oberhausen warum ehrenamtlich für GRÜNE Themen ein? Die einzelnen Fraktionsmitglieder stellen sich dazu zunächst kurz vor. Damit Sie uns und unsere Arbeit jedoch auch näher kennenlernen können, beginnen wir mit einer Reihe ausführlicherer Portraits. Den Anfang machen Steffi Opitz und Andreas Blanke, die als Bürgermeisterin bzw. als stellvertretender Fraktionssprecher GRÜNE Politik in Oberhausen mitgestalten. Zudem wird die Oberhausener Umwelt- und Planungsdezernentin Sabine Lauxen in jeder BlattGRÜN-Ausgabe Themen und Gedanken aus ihrem Arbeitsbereich vorstellen.

Der GRÜNE Kreisverband beschäftigt sich in dieser Ausgabe mit einem sowohl aktuellen als auch langfristig bedeutsamen Thema: den Geflüchteten, die wir in unserer Stadt willkommen heißen. In unserer neuen Zeitschrift möchten wir aber nicht nur die Arbeit der Fraktion und des Kreisverbands vorstellen, sondern ebenso Meinungen aus unserer Mitgliedschaft Raum geben. So eröffnet Michael Stemmer die Rubrik „standpunkte“ mit einem Beitrag über die neuen Elektrobusse der STOAG. Ich freue mich auch persönlich sehr darüber, dass dieses Pilot-Projekt in Oberhausen ins Leben gerufen wurde.

Herzlichst



Regina Wittmann



3

editorial

4

vorstellung der fraktion

6

hautnah

Andreas Blanke, Steffi Opitz

7

rätsel

8

nachgefragt

bei Dezernentin Sabine Lauxen

9

standpunkt

Elektromobilität bei der STOAG

10

kreisverband

Maßnahmen in der Flüchtlingspolitik

11

kreisverband

Freifunk

DIE FRAKTION

STELLT SICH VOR

Regina Wittmann

*Fraktionssprecherin,
Ratsmitglied*



Es liegt an uns, wie wir unsere Umwelt gestalten. Vieles können wir lokalpolitisch entscheiden und es gibt noch viel zu tun für umweltfreundliche Mobilität, gute Versorgung, Klimaschutz sowie die Beteiligung der Menschen.

Andreas Blanke

*Stellv.
Fraktions-
sprecher,
Ratsmit-
glied*



Nur wer sich engagiert, kann mitgestalten und verändern. Deshalb mache ich Politik. Es ist mir wichtig, in Zeiten, in denen finanzielle Handlungsspielräume gering sind, für eine sozial gerechte und solidarische Politik zu kämpfen.

Steffi Opitz

*Bürgermeisterin,
Ratsmitglied*



Ich möchte darüber informiert sein, was alles in unserer Stadt passiert, um aktiv mitzugestalten. Dabei liegt es mir besonders am Herzen, auch den jüngsten und jüngeren Menschen eine Stimme zu geben.

Nuran Ilhan

Kultur



Als Deutsche mit Migrationshintergrund ist es mir wichtig, ein vollständiger Teil dieser Gesellschaft zu sein. Ich möchte mitreden und mitgestalten und auch so ein Beispiel für Integration sein.

Ralf Langnese

Umwelt



Nichts bleibt, wie es ist. Wenn wir uns engagieren, können wir Einfluss nehmen und das gemeinsam mit anderen in unserer Stadt zu tun, ist eine gute Sache.

Eva Kauenhowen

*Bezirksvertretung
Osterfeld*



Ich mache Politik, um aktiv an den Veränderungen in unserer Gesellschaft mitzuarbeiten. Kommunal kann ich das konkret in meinem direkten Lebensumfeld tun und meinen Teil dazu beitragen, Oberhausen grüner zu machen.

Kommunalpolitisches Engagement in einer Partei bedeutet zwar viel Arbeit, ist jedoch meist fernab vom Beruflichen zu sehen. Die Fraktionsmitglieder der GRÜNEN gehen - abgesehen von Andreas Blanke und Sebastian Girrullis - einer mehr oder minder politikfernen Hauptbeschäftigung nach: von der Erzieherin über die Architektin bis hin zur Postzustellerin reicht die Palette.

Bei der ehrenamtlichen Ausübung politischer Mandate und Rollen versuchen die Einzelnen ihr zeitintensives „Hobby“ mit Familie, Beruf, Freundes- und Bekanntenkreis sowie weiteren Interessen verträglich zu organisieren. Das stellt immer wieder eine Herausforderung dar, insbesondere da etliche politische und repräsentative Termine zu Uhrzeiten stattfinden, in denen die Fraktionsmitglieder ihren Berufen nachgehen. Die jeweiligen Arbeitgeber sind allerdings dazu verpflichtet, Kommunalpolitiker*innen für Ausschuss- und Aufsichtsratsitzungen freizustellen. Dies führt manchmal zu Kollisionen von beruflichen und politischen Interessen.

Für diese ehrenamtliche Tätigkeit erhalten die Mitglieder eine Aufwandsentschädigung und Sitzungsgelder. Die Oberhausener GRÜNEN haben vor vielen Jahren beschlossen, diese Gelder - nach Abzug von Steuern und Kosten - ihrem Kreisverband für dessen politische Arbeit zur Verfügung zu stellen.

Doch was treibt die einzelnen Fraktionsmitglieder an, kommunalpolitisch aktiv zu sein, wenn dafür viel Organisation vonnöten ist, aber kein finanzieller Ausgleich? Jede und jeder aus der GRÜNEN Fraktion in Oberhausen wird diese Frage beantworten - kurz und bündig.

Sebastian Girrullis

Bezirksvertretung
Sterkrade



Ich möchte mithelfen, Oberhausen zukunftsfähig und lebenswert für alle Bürgerinnen und Bürger - vom Kleinkind bis zur Seniorin, mit oder ohne Behinderung, gleich welcher Herkunft - zu gestalten.

Sandra Gödderz

Ratsmitglied



Mir ist es wichtig, durch ehrenamtliches Engagement etwas zu bewegen. Vor allem möchte ich als Lehrerin dabei meine Kenntnisse in den Bereichen Bildung und Erziehung einbringen.

Norbert Axt

Ratsmitglied



Für Natur- und Umweltschutz setze ich mich seit Jahren ein, da ist es nur konsequent, meine Erfahrung aktiv in die (Kommunal-)Politik einzubringen. Lärm, Verkehr, Luftverschmutzung gilt es für eine lebenswerte Zukunft zu vermindern.

Ertekin Aksünger

Bezirksvertretung
Alt-Oberhausen



Ich mache Kommunalpolitik, weil mich schon in der Schule Geschichte und Politik interessiert haben und ich gerne etwas für meine Mitmenschen erreichen möchte. Daher engagiere ich mich in und für Oberhausen.

Birgit Axt

Bezirksvertretung
Sterkrade



Als Mutter von vier, mittlerweile erwachsenen Kindern sehe ich es als Aufgabe, für die nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Stadt zu erhalten. Dabei reicht es nicht aus, immer nur zu meckern.

Heike Laß

Bezirksvertretung
Alt-Oberhausen



Ich mache Kommunalpolitik, weil es schön ist, aktiv mitgestalten zu können - bei kleinen, ganz praktischen Dingen, aber auch bei strukturellen Entscheidungen und einer grünen Zukunftsplanung für unsere Stadt.

„Denkverbote sind für mich Tabu“

Seit 2007 engagiere ich mich bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. DIE GRÜNEN – mit ihrer spannenden Ursprungsgeschichte aus Umwelt- und Friedensbewegung – waren und sind für mich noch immer anders als die anderen Parteien. Die Partei verbindet den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen mit der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit und Teilhabe für alle, Gewaltfreiheit und Basisdemokratie – und das Ganze streitbar und mit Lust zur Debatte. Wichtige Werte waren und sind für mich gleiche Rechte für jeden Menschen, Gewaltfreiheit, Solidarität und Weltoffenheit.

Es war damals (2006) das entstehende Kinderbildungsgesetz (KIBIZ) der schwarz-gelben Landesregierung, das sich durch brutale Streichungen im gesamten Elementarbereich besonders hervorgetan hat. Heraus kam dann ein „Kinderspargesetz“. Meine beiden Töchter waren davon konkret in ihren KiTas betroffen. Wenn man sich für die Interessen von Kindern einsetzt, wird man fast automatisch in den Elternbeirat gewählt. Und dann kommt irgendwann der Punkt, wo man merkt, dass man nur „organisiert“ etwas erreichen kann. Da waren DIE GRÜNEN für mich die erste Wahl. Ein wichtiges Politikfeld ist für mich die soziale Teilhabe in unseren Kommunen und Quartieren. Mit dem Stärkungspakt hat die Landesregierung den Schritt in die richtige Richtung gemacht. Welche Auswirkung der Strukturwandel im Ruhrgebiet hat, kann ich als Kommunalpolitiker täglich miterleben. Aussterbende Quartiere, Abbau von Lebensqualität und Chancengleichheit sind die Folge. Ohne die Leistungen aus dem kommunalen Stärkungspakt würden wir aus eigener Kraft nicht mehr handlungsfähig sein. Oberhausen profitiert davon, denn nach Jahren des Sparens können wir nun auch an Förderprogrammen teilnehmen, die uns bisher verwehrt waren, da Oberhausen als Nothaushaltskommune außer

Stande war, den nötigen Eigenanteil darzustellen. Dies ist nun anders. Egal, ob Klimaschutz, ob Städtebauförderung oder andere wichtige Infrastrukturmaßnahmen – Oberhausen partizipiert nun und gewinnt damit deutlich an Lebensqualität. Als finanzpolitischer Sprecher beschäftige ich mich nicht erst seit letztem Jahr mit dem Thema Finanzen. Eine spannende und kreative Aufgabe – gerade in Oberhausen. Ich will mich dafür einsetzen, dass wir weiterhin finanzpolitisch klug, zielorientiert und ausgewogen agieren, ohne die Stadt tot zu sparen.

Kommunale Daseinsvorsorge

Zwei weitere wichtige kommunalpolitische Felder, für die ich mich engagiere, sind die kommunale Jugendhilfe- und Gesundheitspolitik. Als langjähriger Vorsitzender des Landeselternbeirates KiTa NRW kenne ich die Sorgen und Nöte von Eltern im Bereich der Elementarerziehung. Neben dem Ausbau von Quantitäten dürfen wir den Blick nicht für den Ausbau der Qualitäten aus den Augen verlieren. Hier will ich mich weiterhin auch landespolitisch engagieren.

Was kann Oberhausen gesundheitspolitisch erreichen? Da fällt mir spontan das Thema „Gesunde Ernährung“ ein. Auch hier müssen wir bei den Jüngsten beginnen. Egal, ob EU-Schulobstprogramm oder die Einbeziehung des Themas im Sachkundeunterricht der Schulen – Gesundheitspolitik gehört für mich untrennbar zur gesundheitspolitischen Daseinsvorsorge einer Kommune. Hier sind wir in Oberhausen erst am Anfang - aber auf einem sehr guten Weg.



„Nur wer sich engagiert, kann mitgestalten und verändern. Deshalb mache ich Politik. Es ist mir wichtig, in Zeiten, in denen finanzielle Handlungsspielräume gering sind, für eine sozial gerechte und solidarische Politik zu kämpfen.“

Anecken beabsichtigt

Ich pflege einen direkten Politikstil – schnörkellos, provokant und klar in der Sprache. Das gefällt nicht immer, eckt an – aber ich bin kein Freund des üblichen „Polit-Sprechers“. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht zu wissen, wofür ein Politiker steht. Ich kann zuhören und bin lernfähig und habe auch keine Scheu, Fehler einzugestehen und mit einem besseren Vorschlag - egal von wem er kommt - eine gute Lösung zu finden. Das bedeutet aber für mich nicht, dass ich beliebig in meinen politischen Entscheidungen bin, wenn es Gegenwind gibt, denn Beliebigkeit im Leben und in der Politik zahlen sich nicht aus.

Andreas Blanke
(stellvertretender Fraktions-
sprecher und Ratsmitglied)

Schwierig, aber möglich: Familie, Beruf und Politik

Brennende Asylunterkünfte, super Lehrer, die sich mit uns über die Geschehnisse im Unterricht auseinandersetzen. Das war für mich in den 1990er Jahren der endgültige Anstoß selbst aktiv zu werden, um mich gegen Ausländer*innenfeindlichkeit zu wehren. Dabei ist mir nach wie vor wichtig, Menschen nicht zu belehren, sondern durchs eigene Erfahren und Erleben mitzunehmen.

Ich möchte Prozesse mit ins Rollen bringen und diese mitverantworten. Dabei arbeite ich gerne im Team beziehungsweise in der Fraktion, um unterschiedliche Perspektiven kennenzulernen und zu berücksichtigen. Durch meinen Beruf als Erzieherin erlebe ich jeden Tag, wie wichtig es ist, Kinder zu bestärken und sie zu befähigen, Verantwortung für sich und für ihr Umfeld zu übernehmen. Denn nur ein starkes Fundament macht die Kinder zu politisch motivierten Menschen. Ich bin in einem politisch interessierten Haushalt aufgewachsen. So liefen bei uns immer die Bundestagsdebatten im Fernsehen. Ich fand die Auseinandersetzungen, den Diskussionsstil und die Argumentationen spannend.

Innerhalb meiner kommunalpolitischen Aktivitäten ist mir wichtig, Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern sowie den handelnden Akteur*innen herzustellen und zu halten. So lerne ich das tatsächliche Leben, auch in meiner Gemeinde erst wirklich kennen. Als Bürgermeisterin habe ich die besten Möglichkeiten dies umzusetzen. Eine seriöse Ansprechpartnerin zu sein, die Belange ernst nimmt, sind mein Maßstab für dieses Amt.

Teilhabe, die spürbar mitgestaltet, ist für mich ein weiterer Motor. Mit den Jahren habe ich allerdings gelernt, dass nicht immer logische Argumente zählen, sondern Durchhaltevermögen und die eigene Überzeugung, dass das, was man tut, richtig und wichtig ist.

Als junge Mutter erfahre ich zudem fast tagtäglich, wie schwer es ist, Familie, Beruf und politisches Engagement zu vereinbaren. Nicht nur, dass der zeitliche Faktor eine große Rolle spielt, es sind auch die Rahmenbedingungen, die nicht wirklich familienfreundlich sind. So musste ich beispielsweise das Selbstverständnis, meinen Sohn zum Ehrenamt mitzunehmen, hart er-



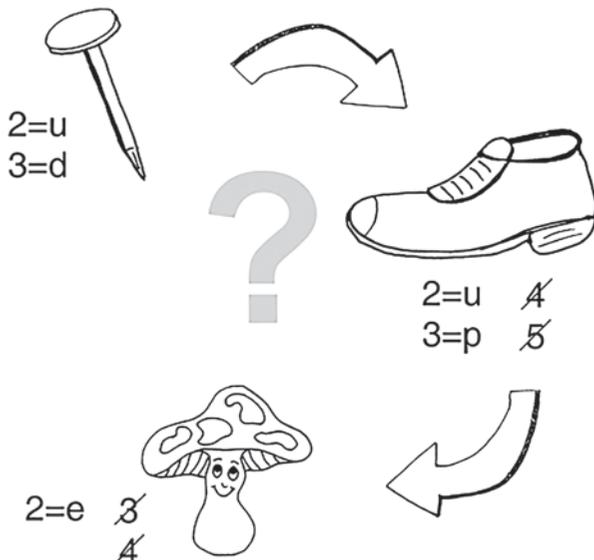
„Ich möchte darüber informiert sein, was alles in unserer Stadt passiert, um aktiv mitzugestalten. Dabei liegt es mir besonders am Herzen, auch den jüngsten und jüngeren Menschen eine Stimme zu geben.“

kämpfen. Aus zeitlichen Gründen und um den obigen drei Bereichen gerecht zu werden, bin ich zur Wiederwahl als Vorstandssprecherin der GRÜNEN nicht mehr angetreten und entschied mich dagegen, eine weitere Legislaturperiode einen Ausschuss zu leiten.

Steffi Opitz
(Bürgermeisterin und Ratsmitglied)

groß und klein

Finde das Lösungswort! Hierbei musst du bei den einzelnen Gegenständen, die angegebenen Buchstaben streichen oder gegen andere Buchstaben austauschen. Am Ende des Rebus-Räsel entsteht ein neues Wort. Das Lösungswort!



		1		9	7	8		
4			2					7
		2			4	9		3
				7	3			1
3		6				2		
			1		2			6
	9	8						3
2				3	6			
	6		8			7		9

Die GRÜNE Sabine Lauxen (51) ist seit dem 1. Oktober 2012 Beigeordnete des Dezernats Umwelt, Gesundheit, ökologische Stadtentwicklung der Stadt Oberhausen. Sabine Lauxen besuchte Schulen u. a. in Buenos Aires sowie Rio de Janeiro und studierte an der Ludwig-Maximilians-Universität München Betriebswirtschaftslehre, Politikwissenschaften, Soziologie und Völkerrecht. Sie war Pressesprecherin der Münchener Stadtratsfraktion, Büroleiterin des Münchener Umweltreferenten und Pressesprecherin der grünen Landtagsfraktion in NRW; außerdem war sie Pressesprecherin des Bundesministeriums für Gesundheit, in NRW stellvertretende Regierungssprecherin und Abteilungsleiterin im Umweltministerium. Der Mutter eines Sohnes liegen Gesundheitsthemen besonders am Herzen. So setzt sie sich beispielsweise in Oberhausen für gesunde Ernährung an Schulen ein.

Drei Jahre Dezernentin in Oberhausen bedeuten für mich...

...viele neue Erfahrungen und viele neue Impulse für die tägliche Arbeit.

Meine Vision für die Stadt ist,...

...dass wir es gemeinsam schaffen, aus dieser negativen Stimmungslage herauszukommen. Oberhausen hat viel zu bieten, muss aber an vielen Stellen noch mutiger werden und Chance ergreifen, denn damit machen wir unsere Stadt attraktiv und zukunftsfähig.

Oberhausen soll...

...„essbar“ werden, damit wir unsere Lebensmittel wieder schätzen. Wer weiß, wie viel Arbeit und Pflege es bedarf, bis man Gemüse ernten kann, wird nichts so schnell in den Müll werfen. Wer

auch im öffentlichen Raum zeigt, dass man auf kleinen Flächen grüne Ess-Oasen schaffen kann, steckt Nachbarn an. Und das wissen wir hier im Ruhrgebiet, gehörte doch der Gemüsegarten mit Taubenschlag oder Kaninchenställen zu den festen Bestandteilen eines ‚Gartens‘. Und nicht umsonst haben wir den Begriff ‚Grabeland‘ geprägt. Dieses Wissen sollten wir unseren Kindern mitgeben!

Ein „essbares Oberhausen“? Keine schräge Öko-Idee, sondern ein anhaltender Trend, der im gesamten Bundesgebiet das „Urban Gardening“ wieder aufleben lässt. Denn urbaner Gartenbau wird betrieben, seitdem es Städte gibt. Die „essbare Stadt“ Andernach gilt in Deutschland als Vorbild, dort heißt es seit 2010: „Pflücken erlaubt“. Das will auch Oberhausen seinen Bürgerinnen und Bürgern anbieten, indem im Stadtgebiet Obst- und Gemüseanbau auf städtischen Flächen entsteht.

Die Klimaschutz-Manager in Oberhausen werden...

...damit beginnen, das in die Tat umzusetzen, was wir auf Papier schon längst festgehalten haben: Wir müssen den Wohnungsbestand energetisch sanieren, wir müssen mehr in regenerative Energien investieren und wir müssen den Menschen zeigen, dass Klimaschutz für uns alle, aber auch für jeden einzelnen gut ist. Na ja, und dann muss man ganz ehrlich sagen: Wenn wir meinen, einfach so weitermachen zu können wie bisher, werden unsere Kinder und Enkel eine andere Welt erleben als wir. Wir regen uns heute



über starke Regen oder heiße Sommer auf – das kann für die nächste Generation zum Normalfall werden. Wenn wir das nicht wollen, müssen wir was tun. Und dabei helfen in Oberhausen zukünftig die Klimaschutz-Manager.

Flüchtlinge erwartet in Oberhausen...

...eine wirkliche Willkommenskultur, getragen durch die Menschen in der Stadt. Das müssen wir erhalten und unterstützen, denn wir werden auch in den nächsten Jahren alle Kräfte brauchen, um diese Aufgabe zu bewältigen.

2016 erwartet mich...

...ein ganz tolles Projekt: Nämlich die ersten Schritte zur Realisierung des Dachgewächshaus auf dem neuen Jobcenter. Das Bundesministerium hat uns als ein Premiumprojekt ausgezeichnet, nicht nur weil wir zeigen werden, wie man auf dem Dach in der Stadt Gemüse anpflanzen und ernten kann, sondern weil wir Wasser- und Energieverbrauch drastisch reduzieren wollen. Und dafür bekommen wir auch eine ordentliche Förderung: 2,3 Millionen Euro ist dem Bund das Vorzeigeprojekt wert.

Elektromobilität bei der STOAG

Das örtliche Nahverkehrsunternehmen, die STOAG, setzt seit dem 4. Oktober 2015 zwei neue Elektrobusse ein.

Die beiden Busse der Marke Solaris sind zwar mit 600.000 Euro Anschaffungskosten pro Fahrzeug deutlich teurer als vergleichbare konventionelle Diesel-Fahrzeuge mit 230.000 Euro, jedoch ist die Förderquote des Pilotprojektes so hoch, dass für die STOAG ein Mehraufwand bei der Eigenleistung von 105.000 Euro pro Fahrzeug verbleibt. Da die Betriebskosten (Strom aus erneuerbaren Energieträgern aus der Fahrleitung der Straßenbahn) mit 54.000 Euro jährlich im Vergleich zu Dieselkosten von 72.000 Euro kalkuliert werden, wird sich der erhöhte Eigenanteil nach sechs Jahren Betriebslaufzeit amortisiert haben.

Die notwendige Investition in die Infrastruktur (Ladestationen) wird ebenfalls gefördert. Das Gesamtvolumen des Projektes (Busse und Infrastruktur) beläuft sich auf 1,9 Millionen Euro, der Eigenanteil für die STOAG auf 500.000 Euro. Dafür gibt es nicht nur zwei neue E-Busse, sondern am Bahnhof Sterkrade eine Schnell-Ladestation für drei Fahrzeuge. Es ist geplant, eine Ladestelle für Dienst-PKW der STOAG zu reservieren, zwei Plätze werden öffentlich nutzbar sein und werden in Zusammenarbeit mit der EVO betrieben.

Die Batterien erlauben eine Betriebsdauer der E-Busse von vier Stunden bei einer Leistung von umgerechnet 220 PS. Vorgesehen ist, dass jeweils bei Erreichen einer Endstelle ein Schnellladevorgang durchgeführt wird, der etwa zehn Minuten in Anspruch nimmt. Somit bleibt eine Reserveladung von 75 Prozent als Sicherheit für Unwägbarkeiten wie Staus, Umleitungen oder schlechte Wetterbedingungen. Die Kilometerreichweite beträgt um die 80 Kilometer, die Umlauflänge der Einsatzlinie etwa 20 Kilometer.

Die STOAG sammelt durch dieses zukunftsorientierte Projekt Erfahrungen

mit der Alltagstauglichkeit der Elektrobusse im ÖPNV und leistet einen Beitrag zur Reduzierung der Feinstaub- und Lärmbelastung in Oberhausen.

Damit realisiert die STOAG die Vorgaben des Nahverkehrsplanes der Stadt Oberhausen, den Nahverkehr umweltfreundlich und schadstoffarm durchzuführen.

Eine so direkte Umsetzung politischer Absichten und ortsbezogener Notwendigkeiten ist vor allem durch die STOAG als eigenes Tochterunternehmen der Stadt Oberhausen möglich. Zum Erhalt der Möglichkeit dieser direkten Einflussnahme, sowohl der politisch Verantwortlichen als auch der Bürgerinnen und Bürger, wäre daher eine Betrauung und Direktvergabe an die STOAG über das Jahr 2019 hinaus wünschenswert.

Aktuelle Presseberichte dagegen (WAZ 04.08.2015), wie zum Beispiel des UPI-Institutes aus Heidelberg zur schlechten CO₂-Bilanz von Elektro-Autos sind mit Vorsicht zu genießen. Ein Verein, der keine Transparenz über seine Finanzierung und Auftraggeber zeigt und davon ausgeht, dass der Strom für E-Autos kaum durch erneuerbare Energien erzeugt wird, der nimmt auch die Energiewende nicht ernst. Warum wird der Auftraggeber dieser Studie nicht genannt?

Wer den zweiten Schritt nicht wagt, weil er beim ersten Schritt ins Straucheln geriet, wird wohl nie ans Ziel kommen.

Laut Bundesnetz-

agentur stieg die Zahl der Stilllegungsanzeigen von „dreckigen“ Kohle- und Gaskraftwerken von Anfang des Jahres bis Ende Juli von 9 auf 57. Wurde dies bei der Berechnung der CO₂-Bilanz von E-Autos berücksichtigt? Es muss auch nicht befürchtet werden, dass die Abgaswerte von E-Bussen durch den Hersteller manipuliert wurden.

Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben, sinnierte einst Michail Gorbatschow. Für die STOAG besteht diese Gefahr offensichtlich nicht.

Im Hinblick auf E-Mobilität, Solartechnik, umweltgerechter Wasserwirtschaft und dem behindertengerechten Ausbau von Haltestellen liegt die STOAG mehr als im Soll. Für ein städtisches Tochterunternehmen einer Kommune im Haushaltssicherungskonzept ist das eine Bilanz, die sich wirklich sehen lassen kann.

Es läuft zwar nicht alles rund bei der STOAG, und da wo es noch ruckelt muss halt geglättet werden, ebenso wie auf den Straßen unserer Stadt.

Michael Stemmer (Betriebsratvorsitzender STOAG Stadtwerke Oberhausen GmbH)



Foto: Sandra Glöckler

Notwendige Maßnahmen in der Flüchtlingspolitik

Nach einer aktuellen Prognose sollen im laufenden Jahr 800.000 Menschen nach Deutschland fliehen. Diese Menschen fliehen vor Verfolgung, Krieg und aus Not. Unter den Bedingungen muss sich Politik daher in mehrfacher Hinsicht bewähren. Sie muss pragmatisch die logistischen Herausforderungen der Unterbringung bewältigen. Sie muss den Menschen, die zu uns kommen und bleiben, eine Perspektive geben. Sie muss der Gesellschaft insgesamt eine Perspektive geben, wie die Einwanderung zum Gewinn für alle wird. Und sie muss die zur Verfügung stehenden Ressourcen so aufteilen, dass sie die Menschen erreichen, die sie am allernötigsten brauchen. All dies gehört für uns als GRÜNE zusammen. Es kommen in diesen Monaten Menschen zu uns, die vor Armut und Perspektivlosigkeit fliehen und dennoch nicht bleiben können, und es kommen Menschen, die vor Krieg, Vertreibung und politischer Verfolgung fliehen und daher Schutz und damit eine sichere Bleibeperspektive erhalten. Politische Verantwortung bedeutet

auch, diese Wahrheit auszusprechen und sie in unser Handeln einzubeziehen. Sie bedeutet allerdings ebenfalls: Populismus und Symbolpolitik helfen dort wirklich nicht weiter.

Wir messen jegliche Maßnahmen an ihrem konkreten, nachweisbaren und praktischen Nutzen. Wir wägen diesen Nutzen im Verhältnis zur Angemessenheit ab. Mit uns gibt es in der Flüchtlingspolitik keinen Populismus – weder in Worten, noch in Taten.

Wir sehen Bund, Länder und Kommunen in einer Verantwortungsgemeinschaft wirksame Maßnahmen zu ergreifen.

Die GRÜNEN in Oberhausen unterstützen daher die vorgeschlagenen Maßnahmen von grünen Regierungsverantwortlichen aus den Bundesländern, um die Unterbringung und Integration Schutzsuchender besser zu organisieren:

- Beschleunigung von Anerkennungsverfahren: Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge müsse mehr als die zugesagten zusätzlichen 2000 Stellen

erhalten, um das Ziel einer durchschnittlichen Bearbeitungsdauer von drei Monaten in Anerkennungsverfahren zu erreichen.

- Kostenbeteiligung des Bundes: Die Länder und Kommunen seien mit den Kosten der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen finanziell überfordert. Der Bund müsse sich an den Kosten dauerhaft beteiligen.

- Menschenwürdige Flüchtlingsunterkünfte: Flüchtlinge mit sehr guter Aussicht auf Asylerkennung sollten schnellstmöglich die Erstaufnahmeeinrichtungen verlassen können.

- Menschen vom Westbalkan eine Alternative bieten: Flüchtlinge aus den Westbalkanländern brauchen Alternativen zum Asylverfahren, z. B. eine zeitlich befristete Aufenthaltsmöglichkeit, damit sie sich einen Arbeitsplatz suchen können. Weitere Länder sollten nicht als sichere Herkunftsstaaten ausgewiesen werden.

- Verbesserung der Lage in den Herkunftsländern: Die Europäische Union müsse sowohl in den EU-Mitgliedsstaaten als auch in den Staaten des Westbalkans, die einen Beitritt zur EU anstreben, Minderheitenrechte durchsetzen.

- Hürden der Arbeitsmarktintegration beseitigen: Die Qualifizierung von Flüchtlingen müsse gefördert und die Arbeitssuche erleichtert werden. Hierfür sei eine Verlängerung der Integrationskurse, zusätzliche 1.000 Jobvermittler sowie die Reduzierung der Vorrangprüfung auf drei Monate erforderlich.

- Deutschland braucht ein Einwanderungsgesetz: Neben der Aufnahme von Schutzsuchenden müsse ein Einwanderungsgesetz es Arbeitskräften erleichtern, nach festen Kriterien einzuwandern.



Sebastian Girrullis (Vorstandssprecher) und Peter Kremer-Pléw während der Aktion „Radgeber“. Dabei sammelte der Oberhausener Kreisverband über hundert Fahrräder für Flüchtlinge und bedankt sich noch einmal bei allen Beteiligten.

GRÜNE setzen sich für freies WLAN ein

Der Ausbau von kostenlosem und frei zugänglichem WLAN im öffentlichen Raum – wie auf dem Marktplatz, der Schule, in Bäckereien oder der Bibliothek – gewinnt an erheblicher Bedeutung. Zugang zu einem schnellen Internet ist heute ein wichtiger Aspekt von Teilhabe geworden. Kommerzielle Angebote sind hier oft übersteuert und unattraktiv. Die GRÜNEN setzen sich daher für eine Regulierung der Kosten kommerziellen WLANs auf europäischer Ebene ein. Freie Internetzugänge können außerdem ein wichtiger Wettbewerbsfaktor sein. Der ÖPNV gewinnt für die Menschen an Attraktivität, wenn Busse und Bahnen mit WLAN ausgestattet werden. Dies möchten die GRÜNEN auf Landesebene in Modellprojekten unterstützen.

Zur Digitalisierung tragen auch tausende Menschen bundesweit bei, die seit Jahren in Freifunk-Initiativen dezentrale und selbstverwaltete freie WLAN-Netze aufbauen. Durch die Bereitstellung und Einrichtung von Freifunkroutern helfen sie dabei, möglichst flächendeckend freie und kostenlose Zugänge zum Internet zu schaffen, die es erlauben anonym und unzensiert das Internet zu nutzen.

Wir GRÜNE sind Teil der Freifunkbewegung und unterstützen die Freifunk-Philosophie seit langem politisch und praktisch. Seit Ende August sorgt ein Freifunkrouter in der GRÜNEN Geschäftsstelle am Saporischja-Platz für freien Zugang ins Internet. Den Router konnten wir zusammen mit dem grünen Landtagsabgeordneten Matthi Bolte im Rahmen eines Fachgesprächs zu freiem WLAN einweihen.

Mehr Informationen zum Freifunk gibt es im Netz unter www.gruene-nrw.de oder www.freifunk-ruhrgebiet.de



Apostolos Tsalastras (SPD) und die GRÜNEN (v.l.n.r.) Volker Luchmann, Matthi Bolte, Sebastian Girrulis und Eva Kauenhowen.

ES GIBT KEINEN PLANET B.

12. Dezember 2015
Großdemonstration in Paris zur Klimakonferenz



● JA, ICH WILL MITGLIED WERDEN!

Bitte schickt mir Infos an die folgende Adresse:

Name, Vorname

Straße/Hausnummer

PLZ/Ort

Einfach ausschneiden und an
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Paul-Reusch-Straße 26, 46045 Oberhausen
senden



Impressum

BlattGRÜN – Magazin der Oberhausener GRÜNEN
Ausgabe 01/2015

Herausgeber:

DIE GRÜNEN IM RAT/Grün-Offene Liste in Oberhausen, Armin Röpell, Elsässer Straße 19, 46045 Oberhausen, S. 1, 3-9

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreisverband Oberhausen, Peter Kremer-Pléw, Paul-Reusch-Str. 26, 46045 Oberhausen, S. 2, 10-12

V.i.S.d.P.:

Stefanie Schadt

Redaktion:

Andreas Blanke (ab), Eva Kauenhowen (ek), Michael Stemmer (ms), Regina Wittmann (rw), Sebastian Girrullis (gi), Steffi Opitz (so)

Kontakt Redaktion:

E-Mail: fraktion@gruene-oberhausen.de
DIE GRÜNEN IM RAT/Grün-Offene Liste in Oberhausen
Elsässer Straße 19, 46045 Oberhausen
Tel.: 0208.8202960
Fax : 0208.82 02 9-80

Druck:

45.000 Exemplare,
Rheinisch-Bergische Druckerei GmbH,
Zülpicher Straße 10, 40196 Düsseldorf,
auf 100 % Recycling-Papier, CO₂-zertifiziert

Print  compensated
Id-No. 1550379
www.bvdm-online.de

OBERHAUSEN GRÜNT - MACH MIT.

Mitglied werden



(Neu-)Mitgliederfrühstück
31. Okt. 2015, 10-12 Uhr
Freiraum, Paul-Reusch-Str. 26

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

OBERHAUSEN

